

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates

Gesamtbilanz

„Wie gewonnen, so zerronnen“: Im Hinblick auf die Entwicklung unseres städtischen Haushalts drängt sich dieses Sprichwort auf. Konnten wir 2019 bei Erstellung des Haushaltsentwurf 2020 noch der Einstellung der notwendigen Mittel für den Bau eines Hallenbades zustimmen, müssen wir jetzt zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund in der derzeitigen, noch nie dagewesenen Krisensituation der Haushalt innerhalb kürzester Zeit in erhebliche Schieflage geraten ist: Die Gründe sind hinlänglich bekannt.

Insgesamt haben wir innerhalb von 3 Jahren bei den Erträgen einen Einbruch von 11,6 Mio. zur verkraften.

Unter diesen Umständen mussten Verwaltung und Gemeinderat auf dem Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt immer weiter nachjustieren, Eine große Herausforderung, insbesondere da die Auswirkungen der Corona Pandemie wahrscheinlich erst in den kommenden Jahren richtig sichtbar werden.

Alle Fraktionen waren in den zwei Klausurtagungen aufgefordert, konkrete Sparvorschläge zu machen. Dieser Aufforderung ist unsere Fraktion nachgekommen.

Weitere notwendige Haushalts-Konsolidierungsmaßnahmen, werden uns vermutlich auch in den kommenden Jahren beschäftigen.

Nach Einrechnung der ersten vorgeschlagenen Sparmaßnahmen ist jetzt davon auszugehen, dass der Haushalt 2021 im Ergebnis ein Defizit von minus 8,56 Mio. Euro aufweist und günstigenfalls erst in 2023 mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden kann. Insgesamt konnte durch diese erste Notbremsung für den Zeitraum 2021-2024 das Gesamtdefizit von 19,4 Mio. auf 6,2 Mio. gedrückt werden.

Da Land oder Bund nur sehr eingeschränkt den Kommunen bei ihren Finanzierungsproblemen beispringen, war klar, dass es mit punktuellen Einsparungen nicht getan war. Was also tun?

Die Aktivierung unserer Rücklagen, Kreditaufnahmen, aber vor allem Einsparungen und Erhöhungen der Einnahmen sind hier die Stellschrauben.

1. Rücklagen

Das in den vergangenen Jahren erarbeitete liquide Mittel von 29,6 Mio. zum Jahresende 2019 kann einen Großteil des Defizits abfangen, Aber bei gleichbleibenden hohen Ausgaben wird diese schnell bis auf Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Deckungsreserve dahingeschmolzen sein und künftige Investitionen wäre kaum noch möglich.

2. Kreditaufnahmen sind in einer Null-Zinsphase verlockend, aber zur Deckung von laufenden Ausgaben sind sie nicht erlaubt. Gleichfalls sind sie eine Hypothek auf die Zukunft. Und nach wie vor gilt der Beschluss des Gemeinderats, keine neuen Schulden zu machen. Lediglich im Rahmen des Neubaus Zentrales Feuerwehrhaus ist einen 4 Mio. Kredit eingeplant, um Fördermittel zu erhalten. Der wurde ja auch durch die Rechtsaufsicht genehmigt

3. Einsparungen im Ergebnishaushalt sind unumgänglich.

In den Jahren 2016 bis 2019 war es aufgrund hoher Einnahmen möglich, notwendige Sanierungen anzugehen, neue Projekte umzusetzen, die freiwilligen Leistungen für die Bürger auszubauen, Im gleichen Zeitraum haben sich die Pflichtaufgaben für die Stadt weiter erhöht insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung in Kitas und Schulen. In 2019 haben wir einer deutlichen Aufstockung im Stellenplan von 15,6 Stellen zugestimmt. Im Betreuungsbereich waren dies notwendige Personalaufstockungen, wobei aber die hierfür zugewiesenen FAG-Mittel vom Land die höheren Kosten nur teilweise decken können.

Derzeit macht der Anteil der Personalkosten 26% aller Aufwendungen im städtischen Haushalt aus.

Also jetzt ein konsequenter Abbau aller freiwilligen Leitungen? Keine Kultur, Keine Sportförderung? Keine weitere Unterstützung von Bildungseinrichtungen, Begegnungsstätten? Dies ist sicher nicht die Lösung.

Wir haben in den zurückliegenden beiden Klausurtagungen eine Reihe von Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung diskutiert, die zu Einschnitten führen und sicher auch mehr oder weniger schmerzhaft Lücken hinterlassen, wie zum Beispiel die vorläufige Schließung des Hallenbades.

Weitere Einsparungen werden generiert durch eine 10%ige allgemeine Kürzung für alle Ressorts, Kürzungen bei den Sachkosten, eine Prüfung von freiwerdenden Stellen, aber auch durch Verschiebungen von Projekten.

Die Kürzungen in Stadtbauamt sind unserer Meinung nach zumindest temporär tragbar, da das Amt derzeit personell nicht in der Lage ist, viele neue Projekte zu begleiten. Dies kann auch mit der Chance zu einer Neuaufstellung des Amtes verbunden sein.

Eine Verbesserung der Erträge durch Steuererhöhungen und Gebührenerhöhungen sind immer unpopulär. Aber in unserer derzeitigen Lage führte kein Weg daran vorbei, die Einnahmensituation auch auf diesem Weg zu verbessern.

In den vorausgegangenen Diskussionen haben wir uns mehrheitlich darauf verständigt,

- 2021 die Grundsteuer B von 400 auf 420 zu erhöhen
- und die Gewerbesteuer von 360 auf 380.

An dieser Stelle stellen wir den Antrag auf eine getrennte Abstimmung über diese Erhöhungen

- Ebenso wird die Hundesteuer, die letztmalig vor 10 Jahren angepasst wurde, jetzt erhöht.
- Ab 2022 wird die Vergnügungssteuer erhöht und eine Zweitwohnungsteuer eingeführt.

Im Zusammenhang mit der Anpassung der Hundesteuer hat die SPD-Fraktion die Möglichkeit einer Einführung einer Pferdesteuer mit in die Diskussion gebracht und hierzu einen Antrag gestellt.

Der Grundsatzbeschluss über die Neufestlegung zur Erhöhung der Kita-Gebühren ab dem kommenden Kita-Jahr ist gefallen und ging in der Diskussion erstaunlicherweise dabei weitaus geräuschloser über die Bühne als die Diskussion über Steuern für Hunde oder Pferde.

Zu dem erarbeiteten Maßnahmenkatalog, um den städtischen Haushalt wieder in die Spur zu bringen, gehörte die kritische Sichtung aller geplanten **Investitionen**:

Bereits wie in den vergangenen Jahren konnten nicht alle angemeldeten Projekte mit einer Gesamtsumme von 47,5 Mio. im Haushalt berücksichtigt werden. Diese Summe überschreitet die derzeitigen Möglichkeiten bei weitem. Welche Projekte sollen umgesetzt werden?

Wesentliche Entscheidungskriterien für die Auswahl der weiterzuverfolgenden Projekte waren,

- begonnene und geförderte Projekte weiterzuführen
- und die im Pflichtbereich Kita- und Schulen notwendigen Investitionen zu tätigen..

Dem haben wir als SPD Fraktion auch zugestimmt.

An erster Stelle stehen die Investitionen zum Bau des zentralen Feuerwehrgerätehauses und der dafür notwendigen Verkehrsinfrastruktur. Für den aufgrund der steigenden Kinderzahlen notwendigen Ausbau des Kita-Betreuungsangebots, sind 3,4 Mio eingeplant. Unterstützend wirkt hier die Landesförderung, aber auch der höhere Beitrag der Eltern.

Alle diese Maßnahmen sowie die Planungs- und Baukosten für den Radweg Adelhausen-Maulburg sind mit einer Verpflichtungsermächtigung für 2022 und 2023 in Höhe von 13 Mio. Euro abgesichert.

Weiter stehen auf der Liste der Investitionen der Erwerb von Grundvermögen, die Kapitalverstärkung fürs Bürgerheim, Sanierung Ortskern Herten, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Beschaffungen für die Technischen Dienste und Sonstiges.

Auch wenn die Zahl der Investitionen, die über den städtischen Haushalt finanziert werden, reduziert wurde, darf nicht übersehen werden, dass auch die Eigenbetriebe eine ganze Reihe Infrastrukturprojekten planen, die den Einwohnern zu Gute kommen. Im Gegensatz zu Hochbauprojekten werden diese oft so nicht wahrgenommen. Hier sind Investitionen durch die Eigenbetriebe im Bereich Wasser – und Abwasser in Höhe von 4,32 Mio geplant, bei den Stadtwerken soll die Wärmeversorgung mit 4,12 Mio ausgebaut werden.:

Diese werden überwiegend über Kredite finanziert, so dass der Schuldenstand der Stadtwerke auf 11,29 Mio, der der Abwasserbeseitigung bis 2024 auf 46,03 Mio. steigt.

Die bei den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser geplanten Gebührenerhöhungen sind moderat und aber notwendig.

Die im Haushaltsplan genannten **Ziele und Kennzahlen** sollten auch weiterhin Richtschnur zur Weichenstellung für eine zukünftige Stadtentwicklung sein. und die Gewichtung des städtischen Haushalts mitbestimmen.

Mit der Corona-Pandemie wurden uns unsere Defizite im Ausbau der Digitalisierung sowohl in der Verwaltung als auch an den Schulen vor Augen geführt. Der Klimawandel hat durch den Wassermangel jetzt seinen Tribut in der Forstwirtschaft gefordert.

Auch oder gerade bei einem Sparhaushalt muss deshalb hinterfragt werden, in wieweit die nun beschlossenen Investitionen dazu beitragen, unsere Stadt für die Zukunft fit zu

machen. Oder anders gefragt, inwieweit verzögern sich wichtige Entwicklungen durch Verschiebung oder Streichung von Investitionen. Unter diesem Aspekt ist die Frage schon berechtigt: Wird z.B. der Hallenanbau in Degerfelden nicht zu einem „nice to have“, wenn wir die Schaffung neuer, notwendiger Schulräume für die Hebelschule in ferne Zukunft verschieben, Schulsporthallen und Schulgebäude nicht oder nur scheinbarweise sanieren können?

Mit dem vorliegenden Gesamtpaket an Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen haben wir nach Stand heutigen Wissens das Ziel eines hoffentlich genehmigungsfähigen Haushalts erreicht.

Uns ist bewusst, dass die Zahlen, je weiter sie in die Zukunft reichen, mit vielen Unsicherheiten behaftet sind: Es ist nicht wirklich abzuschätzen, wie sich der lange Lock-down auf die Ertragssituation auswirkt. Wird sich die Wirtschaft so schnell wie prognostiziert erholen? Entwickeln sich Gewerbesteuer und Einkommenssteuer wie erhofft? Wie werden sich Kreisumlage und die FAG Zuweisungen künftig ausfallen?

Aber auch: Wie wirken sich unser Sparprogramm und die Gebührenanpassungen auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aus? Wir sind der Meinung, dass die Lasten so verteilt werden sollten, dass starke Schultern mehr tragen, als schwächere.

Wir halten es für unumgänglich, dass neben den vorgeschlagenen Sparmaßnahmen in Stellenbesetzungskommission geprüft wird inwieweit Neustrukturierungen in der Verwaltung möglich sind, die zu Einsparungen führen.

Nach wie vor ist es für die SPD Fraktion der Bereich Bildung und Soziales wichtig, Hier dürfen Sparmaßnahmen nur überlegt und zurückhaltend und nicht auf Kosten der Kinder umgesetzt werden. Bei allen Sparmaßnahmen im freiwilligen Bereich muss uns immer bewusst sein, dass auch hier Arbeitsplätze betroffen sein werden.

Bildung, Kultur und Kunst, Dienstleistungen für die Bürger, die Bereitstellung von Begegnungsräumen sind wichtige Elemente des Zusammenlebens, können Kitt der Gesellschaft sein. Dies wird gerade in Zeiten von Corona deutlich und dies bedarf der Unterstützung der Stadt. Nicht alles darf der Kommerzialisierung unterworfen werden.

Trotzdem: Eine Erkenntnis aus den monatelangen Beratungen ist, dass die Unterscheidung zwischen Pflicht und freiwilligen Aufgaben geschärft werden muss. Wir werden es uns daher in der zukünftigen Arbeit stärker ins Bewusstsein rufen müssen. Angesichts der Ebbe in der Kasse wird dies vermutlich auch leichter fallen. Auch weil die zahlreichen

Deckungsvorschläge "Aus der allgemeinen Rücklage" für geraume Zeit der Vergangenheit angehören"

Und wir als Gemeinderäte sollten uns in diesen Zeiten, wo nicht alle alles bekommen können, und besondere Wünsche als „unverzichtbar“ vorgetragen werden, nicht verleiten lassen, Klientelpolitik betreiben.

Es bleiben viele Fragen offen, zu denen wir vermutlich sehr bald im Zuge der weiteren Diskussionen über den städtischen Haushalt Antworten finden müssen.

An dieser Stelle bedanke ich mich in Namen der SPD Fraktion Ihnen Herrn Oberbürgermeister Eberhardt, bei der Verwaltung, der Kämmerei und insbesondere bei Frau Schippmann und Herrn Reiher. Alle Vorlagen, alle Beratungen und Klausurtagungen waren sehr gut vorbereitet und auf dieser Basis war es möglich in dieser schwierigen Situation Lösungen zu finden

Die SPD- Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2021 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung und Stadtwerke zu.

01.02.2021, Karin Paulsen-Zenke, Fraktionsvorsitzende